



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

25.03.2011

Überprüfung des Übernahmerechts

Der CDU-MdB und Finanzexperte Ralph Brinkhaus kritisierte Bestrebungen Italiens, Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland stärker schützen zu wollen. „Es darf in Europa nicht zu einem Abschottungswettbewerb kommen“ erklärte er. Die EU-Kommission sei gefordert, gegen protektionistische Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten vorzugehen. Er erwarte eine sorgfältige Prüfung der italienischen Vorgehensweise durch die Kommission.

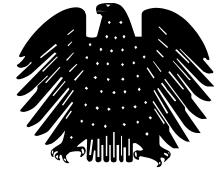
Besonders bedenklich sei es, wenn Politik sich in laufende Verfahren einmische, so Brinkhaus weiter.

Hintergrund: Die italienische Regierung arbeitet an einem Dekret, das es Unternehmen erlaubt, bereits einberufene Hauptversammlungen zu verschieben. Dadurch hätte im Übernahmefall Parmalat/Lactalis das Zielunternehmen Parmalat mehr Zeit, den Abwehrkampf zu organisieren. Darüberhinaus prüft die italienische Regierung weitere Maßnahmen, die diesen Fall betreffen können. So sollen ausländische Bieter in Zukunft vorab eine Genehmigung der Regierung einholen müssen. Auch ist die Definition von strategischen Bereichen geplant, in denen Übernahmen erschwert werden sollen. Ziel auch der italienischen Regierung ist ein level-playing-field, das sie durch französische Regelungen verletzt sieht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte unlängst beschlossen, das deutsche Übernahmerecht evaluieren zu wollen.

Das Wertpapierübernahmerecht wurde in den letzten Monaten aufgrund aktueller Fälle wie zum Beispiel Hochtief/ACS verstärkt diskutiert. Dabei wurde auf möglicherweise bestehende Defizite der deutschen Regelungen hingewiesen.

Ralph Brinkhaus
Mitglied des Deutschen Bundestages



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

„Wir wollen keine Abschottung von Deutschland. Ziel ist es, ein internationales Level-Playing-Field zu erreichen und eine mögliche Benachteiligung deutscher Unternehmen zu verhindern“ so Brinkhaus.